

Kartellamt als Habecks Reparaturbetrieb

VON ANTJE HÖNING

Hunderte Verbraucher haben dem Kartellamt ihre Strom- und Gasrechnung geschickt, weil sie Abzocke durch ihre Stadtwerke oder Versorger fürchten. Nun wird das wenig helfen, denn das Kartellamt ist keine Preisgenehmigungsbehörde. Und hohe Preise an sich sind auch kein Grund, ein Missbrauchsverfahren anzustrengen. In einer Marktwirtschaft können und dürfen Anbieter die Preise nehmen, die sie durchsetzen können – wenn der Wettbewerb funktioniert. Doch den hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck – mit freundlicher Unterstützung der Wirtschaftsweisen – durch die Strom- und Gaspreisbremse ausgehebelt. Für einen Basisverbrauch sind die Preise gedeckelt. Das bietet Versorgern den Anreiz, Preise kräftig zu erhöhen oder mögliche Senkungen nicht weiterzugeben, weil der durch den Deckel eingelullte Verbraucher sich nicht wehren wird. Hier kommt dann doch das Kartellamt ins Spiel: In Abteilungsstärke soll es nun gegen Versorger vorgehen, die die Preisbremsen missbrauchen. Das wird angesichts von 2500 Strom- und Gasanbietern nicht einfach werden, von denen die Mehrzahl seriös arbeitet. Doch allein um den Nutzen des Stellenzuwachses zu beweisen, wird die Behörde liefern. Das Kartellamt muss das reparieren, was Habeck und seine Berater verbockt haben.

Ohnehin gehen die Energiemärkte durch die Energiekrise und ihr schlechtes Management in eine falsche Richtung: 25 Jahre nach der Strommarkt-Liberalisierung sinkt der Wettbewerb wieder. Schwarze Schafe wie Stromio und Preisbremsen verderben die Lust auf den Wechsel, Stadtwerke ziehen sich aus dem bundesweiten Wettbewerb zurück. Die Antwort kann nicht staatliche Preisgestaltung sein, auch wenn sich manche Verbraucher das wünschen. Der Strommarkt braucht eine Renaissance des Wettbewerbs. Die Preisbremsen müssen rasch wieder fallen.

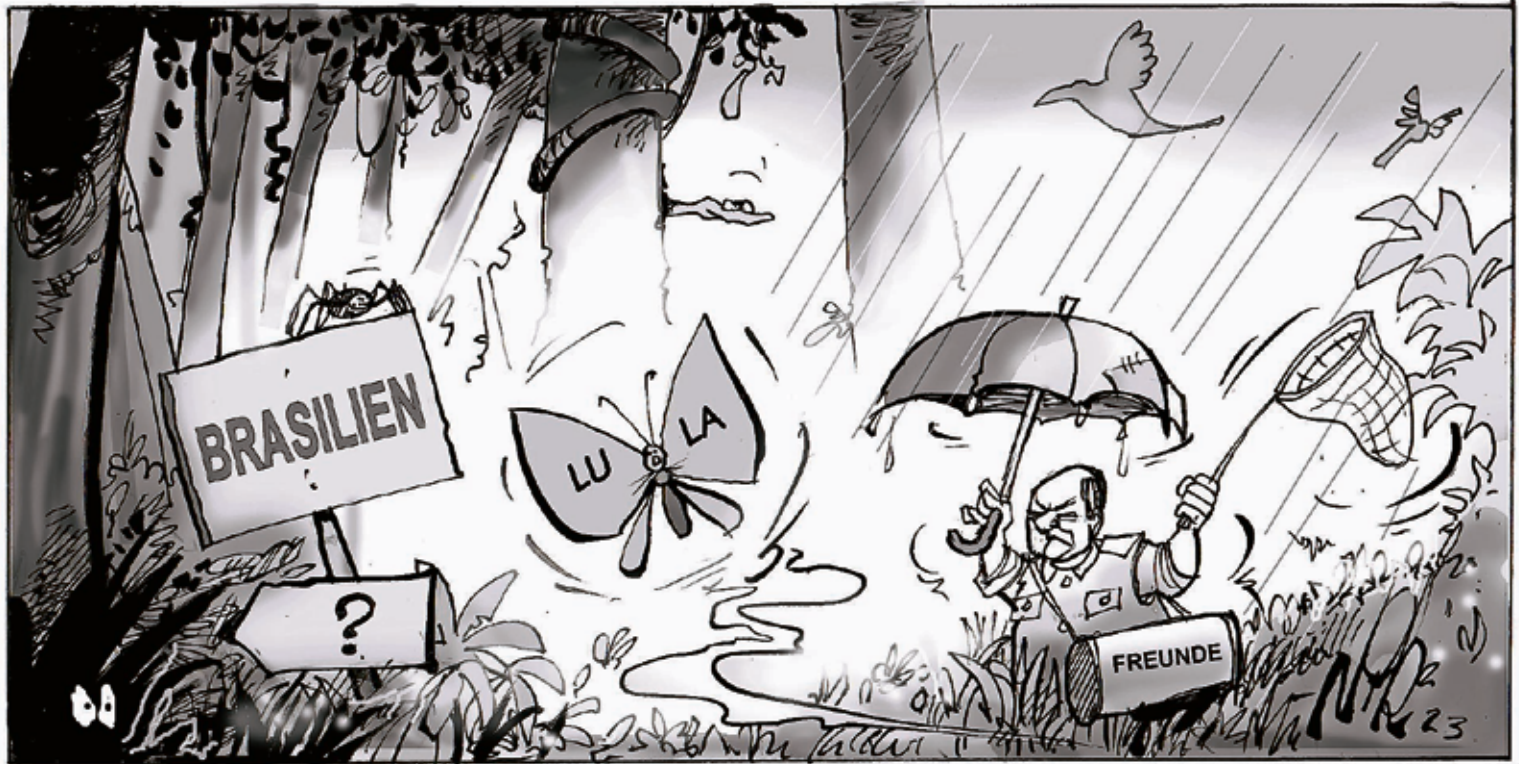
Das Ringen um rote Linien

VON MARTIN KESSLER

Im Augenblick wird viel von roten Linien gesprochen. Bezogen auf den Ukraine-Krieg sahen viele eine solche Grenze bei Panzerlieferungen. Seit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sich zur Unterstützung der Ukraine mit Leopard-Panzern bereit erklärt hat, liegt jetzt die rote Linie bei der Versendung von Kampfflugzeugen. Gerade eben hat US-Präsident Biden ein klares Nein ausgesprochen. Andere finden, dass die Einrichtung von Flugverbotszonen oder die Lieferung von U-Booten und Kriegsschiffen auf der Tabu-Liste stehen sollten.

Die Setzung roter Linien ist ein Signal nach innen wie nach außen. Da im Westen die Frage, wie intensiv die Ukraine unterstützt werden soll, umstritten ist, begrenzen rote Linien den Handlungsspielraum der Politik und scheinbar auch eine mögliche Eskalation. Doch das ist eine Schimäre. Denn dann weiß der militärische Gegner, in diesem Fall die Russen, wo die Unterstützung aufhört. Putin kann danach seine Strategie ausrichten. Im brutalen Spiel des Krieges lässt man den Gegner besser im Unklaren darüber, wie weit die Unterstützung gehen soll.

Die Bevölkerung in einer Demokratie wird eine solche Haltung allerdings als Zumutung empfinden. Man will von der Regierung wissen, wie sie sich in bestimmten Konstellationen verhält. Ein Konzept ohne jede Festlegung kann zum Verlust der Unterstützung durch die Mehrheit führen. Insofern ist der Grundsatz der Nichtbeteiligung der Nato richtig. Aber beim Grad der Unterstützung sind rote Linien eine Hilfe für den Aggressor und ein Nachteil für die helfenden Länder. Scholz sollte sich weder in die eine noch in die andere Richtung beeinflussen lassen, sondern weiterhin den Zielen folgen, für die es mehrheitlich ein Einverständnis gibt – die Verteidigung der Ukraine, die Nichtbeteiligung der Nato am Krieg und der Zusammenhalt des Westens. Der Rest muss flexibel sein.



FLATTERHAFT

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

GASTBEITRAG Viele glaubten, der Krieg werde das Herz Europas nie wieder erreichen. Doch der Angriff Putins auf die Ukraine hat die Friedensillusion zerstört. Jetzt braucht es eine glaubwürdige Sicherheits- und Wehrpolitik.

Recht und Freiheit tapfer verteidigen

VON RAFAEL SELIGMANN

Man wünscht Boris Pistorius, dass er seinem neuen Amt, anders als eine Reihe seiner Vorgängerinnen und Vorgänger, gewachsen ist. Doch ob der Niedersache ein erfolgreicher deutscher Verteidigungsminister sein wird, hängt nur zum Teil von der individuellen Fähigkeit dieses Politikers ab. Entscheidend ist vielmehr ein Umstand, der in der hektischen Debatte der jüngsten Tage ebenso wie dem allgemeinen Verständnis der vergangenen Jahre bewusst weitgehend verschwiegen wurde: Eine glaubwürdige und erfolgreiche Wehrpolitik lässt sich nur verwirklichen, wenn sie von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung unterstützt wird. Eine Nation sollte die Notwendigkeit verstehen, dass sie die Unabhängigkeit Deutschlands und dessen Demokratie notfalls gewaltsam verteidigen muss.

Das kommt auch im feierlichen Gelöbnis der Bundeswehrrekruten zum Ausdruck: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen – so wahr mir Gott helfe.“ Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit leisten anstelle des Gelöbnisses einen Schwur. Es ist uns in Zeiten eines Krieges in Europa, der Deutschland zwangsläufig berührt, unabdingbar, den Inhalt dieser Formel umfassend zu begreifen. Dabei wird der Patriotismus, also die Loyalität gegenüber Deutschland, hervorgehoben sowie die Bereitschaft der Soldaten, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen und notfalls dabei für dieses Land zu sterben oder Menschen zu töten.

Da die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes länger als ein Dreivierteljahrhundert in Frieden lebte, nahm es diese Konsequenz und dieses Ver-

ständnis bislang ungenutzt zur Kenntnis. Bis zum vergangenen Februar sah der Mainstream Kriege in Deutschland und im Zentrum Europas als ein abgeschlossenes Kapitel an. „Krieg ist ein Akt der Gewalt“, wie der preußische Militärphilosoph Carl von Clausewitz feststellte. Er bedeutet Tod, Verbrechen, Zerstörung, Flucht, Leid. Das wollte man in Deutschland mit seiner belasteten jüngsten Geschichte unbedingt vermeiden – je länger diese zurücklag. Daher entsprach die Aussetzung der Wehrpflicht im März 2011 dem Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten.

Man wollte dem US-Historiker Francis Fukuyama glauben, dass das Ende der Geschichte erreicht sei. Dass diese Aussage Wunschdenken entsprach, hätten deutsche Bürger und Politiker spätestens nach dem Angriff islamistischer Terroristen gegen die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 begreifen sollen. In den USA dagegen verstand man die Bedeutung der Attacken. Trotzdem war bald darauf auch die Bundeswehr am Krieg in Afghanistan gegen die Taliban beteiligt. Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck erklärte: „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt.“ Traurig, aber folgerichtig, starben dabei auch deutsche Soldaten, deutsche Offiziere gaben Feuerbefehl.

In der Nato verstand man, dass der Angriff auf die USA lediglich das Vorspiel zu globalen Kriegen war. So einigten sich die Mitgliedstaaten bereits 2002 darauf, längerfristig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Das hätte eine glaubhafte Friedenspolitik durch Abschreckung bedeutet. In Deutschland aber zog man es vor, den Kopf in den Sand zu stecken. Man machte sich vor, der Krieg werde das Herz Europas nie erreichen. Deutsche Berufssoldaten sollten „lediglich“ in Auslandseinsätzen die

INFO

Die Wehrpflicht wurde nie abgeschafft

Gesetz Rund 55 Jahre nach ihrer Einführung setzte der Bundestag am 24. März 2011 die allgemeine Wehrpflicht aus. Für das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 der Bundesregierung stimmten CDU/CSU, FDP und die Grünen. Mit dem Gesetz wurde zugleich ein freiwilliger Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten geschaffen, der Männer und Frauen gleichermaßen offensteht.

Aussetzung Die Wehrpflicht wurde aber nie abgeschafft. Das Ende der Dienstpflicht gilt ausschließlich in Friedenszeiten, im Spannungs- oder Verteidigungsfall kann sie wieder aktiviert werden. Deshalb ist Artikel 12a des Grundgesetzes, nachdem jeder männliche deutsche Staatsbürger „vom vollendeten 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden“ kann, unangetastet geblieben.

Einschätzung Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat eine Wiedereinführung der Wehrpflicht nicht ausgeschlossen. Noch vor einem Jahr sei sie strikt dagegen gewesen, sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der „Süddeutschen Zeitung“ am Dienstag.

Rafael Seligmann, 75, ist Schriftsteller und Historiker.

FOTO: DPA



kritische Peripherie unseres Kontinents verteidigen. Am Horn von Afrika, in Afghanistan, Mali... Konsequenz vernachlässigte man eine kostenintensive Modernisierung der Streitkräfte.

Russlands Präsident Wladimir Putin nutzte die Schwäche der europäischen Nato-Staaten zu einer aggressiven Politik. 2014 überfielen seine Truppen die Krim. Kurz darauf annektierte Moskau die Halbinsel. So demaskierte der Kremlchef seine „Verständigungspolitik“. In Brüssel, Paris und Berlin protestierte man scharf. Putin ließ sich auf folgenlose Gespräche mit Deutschland und Frankreich im Normandie-Format ein. So wählte man in Berlin den Frieden in Europa, ohne erhöhte Verteidigungsanstrengungen unternommen zu haben. Stellvertretend für viele erklärte SPD-Vize Ralf Stegner 2019: „Wir haben in Deutschland andere Sorgen als sinnlose Aufrüstung.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel drückte sich nicht so deutlich aus, handelte aber entsprechend.

Deutschland erhöhte gar seine Energieabhängigkeit von Russland „guten“ Gewissens. Über die Pipeline Nord Stream 1 hinaus wurde eine weitere Gasleitung durch die Ostsee gebaut, die die Ukraine und Polen umging. Der Einfall der russischen Armee in die Ukraine riss Berlin aus der Illusion, mit diplomatischen Mitteln allein Moskau von einem Krieg abhalten zu können. Der Bundeskanzler bekannte eine „Zeitenwende“. Rasch wurde ein 100-Milliarden-Programm zur Erneuerung und Verbesserung der Bundeswehr beschlossen. Doch eine glaubwürdige Verteidigungspolitik lässt sich mit viel Geld allein nicht erkaufen. Notwendig sind vielmehr eine realistische Sicht der Sicherheitspolitik sowie konsequente Maßnahmen. Eine davon ist ein verpflichtendes soziales Jahr. Junge Frauen und Männer sollten gemeinnützige Aufgaben übernehmen. Eine davon wäre, den Dienst an der Waffe zu erlernen und notfalls auszuüben. Auf diese Weise würde der Frieden durch Glaubwürdigkeit gestärkt werden.

WISSENSDRANG

Neulich erklärte mir ein Politikwissenschaftler die Strategien verfassungsfeindlicher Extremisten: Links wie rechts folgten sie der Losung des Kommunisten Antonio Gramsci, um an die Macht zu kommen, müsse man zuerst „den Kulturkampf gewinnen“. Durch die Manipulation von Begriffen und Themen. Man analysiert, welche Worte und Themen populär sind, welche als „Gift“ gelten und versucht, die gesellschaftlich populären Begriffe mit eigenen Inhalten zu füllen. Vertreter der AfD verwenden positiv besetzte Begriffe („Meinungsfreiheit“, „Demokratie“), während „Giftthemen“ bei den Neurechten öffentlich tabu sind. In der zweiten Reihe wird dann getestet, wie weit das gesellschaftlich akzeptierte Vokabular

Misstrauen und Offenheit

Für eine vernünftige Debattenkultur braucht es beides.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

nach rechts verschoben werden kann. Die „Interventionistische Linke“ (IL) besetzt aktuelle Themen wie den Klimawandel und unterwandert Bürgerinitiativen. So verbreitet sich die Botschaft, dass das Klima nur durch einen „Systemsturz“ gerettet werden kann.

Am erfolgreichsten waren legalistische Islamisten, die liberale Kritik an konservativen islamischen Traditionen oder am Frauenbild islamischer Einwanderer als islamophob etikettierten, um kritische Diskussionen zu ersticken: Teile der Öffentlichkeit, der staatlichen Institutionen und des Journalismus haben sich hier manipulieren lassen.

Was ist die Lehre daraus? Sicher nicht die, Gespräche mit Andersdenkenden nur noch als verdeckte Macht-

sprache zu verstehen. Wenn wir unsere Gesprächspartner nicht auch als vernünftige Menschen wahrnehmen, die ebenfalls Gründe für ihre Meinung haben, können wir auch unsere eigene Meinung nicht mehr hinterfragen. Dann würden wir die freie demokratische Meinungsbildung auch ohne Zutun von Extremisten zu Grabe tragen. Denn sie lebt davon, dass wir die Beiträge anderer nicht nur strategisch abwehren, sondern uns immer wieder fragen: Was ist das Körnchen Wahrheit an dieser Behauptung? Kurz: Wir brauchen beides: Misstrauen und Offenheit.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.